

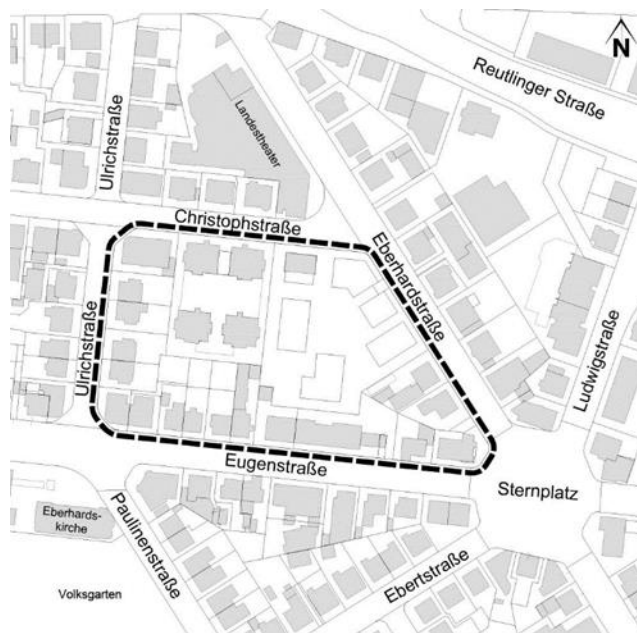
**Amtliche Bekanntmachung
vom 26. September 2024**

Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Zwischen Sternplatz und Christophstraße“ mit örtlichen Bauvorschriften in Tübingen mit Aufhebung von bestehendem Planungsrecht im künftigen Geltungsbereich

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat in öffentlicher Sitzung am 6. Juni 2024 den Bebauungsplan „Zwischen Sternplatz und Christophstraße“ in der Fassung vom 19. April 2024 nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 19. April 2024 nach § 74 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) als jeweils selbstständige Satzung nach § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) beschlossen. In derselben öffentlichen Sitzung hat der Gemeinderat zugleich beschlossen, folgendes bestehende Planungsrecht im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Zwischen Sternplatz und Christophstraße“ aufzuheben:

- Ortsbauplan „Fürst- Reutlinger- Eberhard- Eugenstraße“ (Nr. 178), in Kraft getreten am 5. Januar 1962, mit Anbauvorschriften
- Bebauungsplanänderung „Fürst- Reutlinger- Eberhard- Eugenstraße“ (Nr. 204), in Kraft getreten am 3. April 1963
- Baulinien, genehmigt am 23. Februar 1900 (Lageplan der Hechinger- u. Reutlinger-Vorstadt, Nr. 33 Fasz 15)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften sowie der Bereich, in welchem das oben genannte bestehende Planungsrecht aufgehoben wird, ergibt sich aus folgendem Kartenausschnitt:



Der Bebauungsplan und die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften treten mit dieser Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB, § 74 LBO). Gleichzeitig wird das oben genannte bestehende Planungsrecht im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans aufgehoben und tritt mit dieser Bekanntmachung außer Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB i. v. m. § 1 Abs. 8 BauGB, § 74 LBO).

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften mit Begründung in der Fassung vom 19. April 2024 können beim Fachbereich Baurecht, Brunnenstr. 3, 72074 Tübingen, während den üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die oben genannten Unterlagen einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen. Bei Bedarf kann das aufgehobene Planungsrecht ebenfalls eingesehen werden.

Gemäß § 10a BauGB können der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften mit der Begründung zusätzlich über die Verknüpfung des Internetportals des Landes Baden-Württemberg unter www.uvp-verbund.de oder über den Internetauftritt der Universitätsstadt Tübingen www.tuebingen.de eingesehen werden.

Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt. In demselben Verfahren wurde gleichzeitig das Aufhebungsverfahren des bestehenden Planungsrechts im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans durchgeführt.

Gleichzeitig wird mit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes „Zwischen Sternplatz und Christophstraße“ auch bekannt gemacht, dass der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung an die Festsetzungen des Bebauungsplanes angepasst wird.

Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und Flächennutzungsplans und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sowie beachtliche Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB werden gemäß § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Universitätsstadt Tübingen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Universitätsstadt Tübingen geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

Es wird auf die Vorschriften der §§ 39 – 44 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Tübingen, den 26. September 2024

gez. Cord Soehlke
Baubürgermeister